

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landtag Brandenburg
- Petitionsausschuß -
Herrn Vorsitzenden H. Wichmann / MdL
Postfach 60 10 64
14410 Potsdam

Eichwalde, den 8. März 2016
Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom 2. März 2016
Ihr Zeichen

Mein Schreiben vom diverse

P e t i t i o n N r. 3 8 7 / 6

zur temporären Teilinbetriebnahme der BER-Südbahn
während der BER-Nordbahn-Sanierung, zur Dauer-
Inbetriebnahme gem. Betriebsgenehmigung sowie
zu Inbetriebnahmen bei ILA-Veranstaltungen

Sehr geehrter Herr Wichmann,

Ihr vorgen. Schreiben habe ich mit großem Interesse z.K. genom-
men. Als wesentlich erschienen mir hierin folgende Ausführungen:

- wie schon in vorangegangenen Meinungsäußerungen sieht der Petitionsausschuß sich nicht veranlaßt und ist vielleicht auch nicht in der Lage, zu konkreten Argumenten, z.B. in dem ihm vorliegenden Schreiben vom 3.3.2015 an die Landesregierung und die Landtagspräsidentin oder solchen an die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gegen bisherige BER-Rechtsakte, ob nun physikalischer, medizinischer oder rechtlicher Art, Stellung zu beziehen!

- EU-Recht, wie die Verordnung (EG) 216/2008 oder EuGH-Urteile, wie das zur Rechtssache C-137/14 der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland, u.a. zu Umweltverträglichkeitsverfahren und der zukünftig erforderlichen Zertifizierung bestehender wie neuer Flughäfen nach EU-Recht, werden zwar Ihrer-

1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftswissenschaften in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor mit Untersuchungen zur Systemstabilität von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen

1972, 1974 Pflichtprüfstäger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundlagenfragen im DEUTSCHEN MESSEBUND (DMB)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesparlamentes Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur

1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung

1994 Bauleitplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Prefestoffmischungen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, MASSE UND LAUSCHEN

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Austauschbau-Plastverarbeitung (Verteidigung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems gegenüber der Einführung des internationalen ISO/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des KFW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit dem Co-Autor Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Strausz, TU Dresden

1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Absatz-Büchse-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Kunststoffverarbeitung einer der Internationalen Fachtagungen MASTPaktis der Kammer der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Planungsplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verteidigung der Einführung der sowjetischen Zweidimensionalmessmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)

1981 Dissertationsumfassung in FEINMETALLTECHNIK 29(1982) H.A. S. 182

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Monopolischen Scheitern über HEINZ RÖHM an Zentralen Bundes Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Steuer) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (zweite Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE II FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-2.de> sowie www.eichwalde.com und www.btb-er.de)

seits angeführt, aber ihre Relevanz sowie unsererseits dargelegte Folgen für das BER-Projekt gleichzeitig Ihrerseits als "hypothetisch" dargestellt und geleugnet.

- Im Übrigen wird Ihrerseits auf den Rechtsweg verwiesen und der Wunsch manifestiert, ich möge von weiteren Zuschriften absehen, da sie der Petitionsausschuß sowieso nicht beantworten werde, sofern sie nicht gerade "in der Sache wesentliche neue Gesichtspunkte" enthalten.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung :

- Da der Petitionsausschuß auch ohne jede ersichtliche Wertung bisher vorgetragener Argumente gegen BER-Rechtsakte von deren Rechtsgültigkeit und damit völliger Fehlerlosigkeit für alle Zeit ausgeht und dies auch angesichts des aktuellen EuGH-Urteiles in der Rechtsache 137/14 mit Varsatz "C-" und bezüglich der Verordnung (EG) Nr.216/2008 als unverrückbaren Standpunkt beibehält, obwohl dies völlig unzutreffend ist, kann ich leider nicht mehr mit "in der Sache wesentlichen neuen Gesichtspunkten" aufwarten, so daß eine weitere Prüfung durch den Petitionsausschuß ausgeschlossen werden kann.

Dies deshalb, weil der Petitionsausschuß dezidierte Begründungen der vorgehen. EU-Rechtsakte bezüglich ihrer Auswirkungen auf das BER-Projekt ohnehin nicht als "in der Sache wesentliche neue Gesichtspunkte" werten würde, da er sich ja dazu bereits ein mir als abgeschlossene Wertung benanntes abweichendes Urteil zu dem meinen bildete und damit meine Rechtsauffassung lediglich als "abweichende Meinung zu der des Petitionsausschusses", welche "keinen neuen Prüfungsanspruch begründe" ansähe, so daß seinerseits "auf den Rechtsweg verwiesen werden müsse", wie bereits ausgeführt.

Insofern kann auch meinerseits a priori auf eine ausführliche Begründung meiner Rechtsauffassung verzichtet werden.

- Da ich auch von dem mir in diesem Zusammenhang avisierten Rechtsweg keinen Gebrauch zu machen beabsichtige, weil ich Bürgerklagen zur Durchsetzung übergeordneten Rechts sowie von grundgesetzlichen Bürgerrechten und Menschenrechten grundsätzlich ablehne, weil ich deren Durchsetzung eindeutig als Pflicht und Schuldigkeit von Exekutive und Legislative ansehe, müssen sich eberj Landtag wie Bürgerinitiativen mit den aktuellen Gegebenheiten abfinden:

Der Landtag muß damit leben, daß sein zumindest von der Regierungsparteienmehrheit getragenes Verweigern seiner Aufgabenwahrnehmung i.S. der Kontrolle der Landesregierung öffentlich gemacht wird, und die Bürgerinitiativen, daß sie abwarten müssen, bis über die Durchsetzung geltenden EU-Rechts die Rechtswidrigkeit bisheriger Auffassungen des Landtages genau so öffentlich sein wird, wie das Versagen von BER-Aufsichtsrat und -Gesellschafterversammlung durch den Landesrechnungshofbericht und wie durch das BVerfG-Urteil zum Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Altanschließerproblematik!

- Da ich auch von der Staatskanzlei aktuell Nachricht erhielt, daß man ein Schreiben zur Anmahnung rechtsstaatlichen Verhaltens der Landesregierung mit der Begründung ablehnte, daß "Offene Briefe" und solche, die nicht an das Bürgerbüro des Ministerpräsidenten, sondern an ihn direkt gerichtet waren, generell nicht beantworte, vermute ich das diesbezügliche Vorliegen taktischer Verfahrensabstimmung.

- Unabhängig davon erfolgt jedoch nun eine differenzierte Bearbeitung in der Europäischen Kommission sowie im Europäischen Parlament, und Landtag wie Landesregierung sollten sich damit auch von der fälschlichen Vorstellung verabschieden, daß BER-Pressemeldungen in Brüssel nicht mit Interesse verfolgt werden - wäre es anders, läge eine Zustimmung zur Ausreichung der neuen 2,6-Mrd.-€-Beihilfe im "verkürzten Verfahren" längst vor ! **Real ist stattdessen, daß Anfang Februar 2016 einer Petenten-Gruppe erst einmal Nachricht zur Infragestellung der vorangegangenen 1,2-Mrd.-€-Beihilfegenehmigung zur Stellungnahme bis Anfang April 2016 zuzuging, so daß auch der aktuell erwartete März-Termin für die Genehmigung des 2,6-Mrd.-€-Beihilfeantrages als äußerst fraglich erscheinen muß.**
- Aber das alles ficht ja wohl die Landtagsmehrheit nicht an, sonst wären ja schon andre Reaktionen zu den umfangreichen Zusendungen von 2011 oder 2013 erfolgt - aber immerhin ist **zumindest** der Anfang eines Umdenkens nicht nur der Oppositionsfraktionen registrierbar, denn sonst hätten sich nicht gleich zwei Landtags-Ausschüsse für die Veröffentlichung des Landesrechnungshof-Berichtes (LRH) entschieden, wengleich die Landtagspräsidentin die Verantwortung für mögliche Folgen trotzdem allein dem LRH anlastete. Und daß solche, wie von der Flughafengesellschaft vermutet, eintreten werden, erscheint als recht wahrscheinlich. Technikchef Marks scheint dies gemäß seinem kritikerdiskriminierenden Auftuf zum "Aufstand der Anständigen", die für eine BER-Fertigstellung kämpfen, wohl schon zu ahnen.
- Ob Sie mir nun noch einmal antworten wollen oder nicht, bleibt völlig Ihnen, sehr geehrter Herr Wichmann, überlassen - aber Sie sollten aufmerksam die Presse verfolgen, denn all das, was Sie nicht z.K. nehmen wollen, wird dort zur Information der Bürger erscheinen. Im Interesse des Landtages wie der betroffenen Bürger kann ich nur hoffen, daß das begonnene Umdenken im Landtag angesichts des LRH-Berichtes anhalten möge und daß davon letztendlich auch der Petitionsausschuß erfaßt wird!

Mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT